

---

## Das Interview

### Der Fiat-Konflikt vor dem Hintergrund der italienischen Gewerkschaftspolitik: Pierre Carniti (CISL)

---

*Pierre Carniti ist Generalsekretär der Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori (CISL), des zweitgrößten, christlich orientierten Gewerkschaftsbundes in Italien. Die Interviewer, Dr. Friederike Hausmann und Diplomvolkswirt Hubert Krieger, arbeiten am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.*

*Frage:* Mitte Oktober 1980 ging nach 35 Tagen der Streik von 80 000 Automobilarbeitern bei Fiat zu Ende, einer der längsten und härtesten Arbeitskämpfe Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Ausgangspunkt des Streiks war der Versuch von Fiat, 14 500 Beschäftigte im Automobilbereich zu entlassen. Demgegenüber war das Ziel der Gewerkschaft die Verhinderung jedweder Entlassung. Der Entlassungsankündigung bei Fiat, dem größten privaten Arbeitgeber Italiens, kommt eine nicht zu übersehende Signalwirkung zu. Sie stellt von Seiten der Unternehmer den Versuch dar, das Prinzip der Massenentlassungen auf dem Arbeitsmarkt neu zu etablieren. Das zentrale Ergebnis des Arbeitskampfes ist eine Übereinkunft über die externe Mobilität von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz. Schätzen Sie diese Übereinkunft als befriedigend ein und stellen sie Ihrer Meinung nach eine Basis für eine zukünftige gesetzliche Regelung der externen Mobilität dar?

*Carniti:* Trotz alledem, was über dieses Abkommen gesagt und geschrieben worden ist, bleibe ich bei meiner positiven Einschätzung der erreichten Übereinkunft. Dies hat zwei Gründe. Zum einen hat dieses Abkommen die Absicht der italienischen Unternehmerschaft blockiert, das gesamte komplexe System der industriellen Beziehungen und der institutionalisierten Garantien aufzubrechen, die in

den letzten Jahren von der italienischen Gewerkschaftsbewegung und von den Beschäftigten in teilweise sehr harten Kämpfen durchgesetzt werden konnten. Das Hauptmotiv von Fiat bestand darin, eine Bresche in dieses System zu schlagen. Bei diesem Versuch hat die italienische Unternehmerschaft Fiat explizit Beistand geleistet, weil sie hier die Möglichkeit sah, den augenblicklichen ökonomischen Schwierigkeiten zu entgehen, indem man die Kosten und die Lasten auf die Arbeiter ablädt, das Ziel der Unternehmer seit eh und je. Dieses Ziel ist jedoch nicht erreicht worden. Das Ergebnis wirkt zweifelsohne nach und entmutigt andere Überlegungen in dieser Richtung. Der zweite Grund für meine positive Einschätzung des Fiat-Abkommens liegt im Vertragsinhalt selbst begründet. Sicherlich, das Turiner Unternehmen wird Tausende von Arbeitern vorläufig freisetzen können, wobei den Betroffenen allerdings 80-90% des vorherigen Nettolohnes garantiert werden. Falls aber die Betroffenen innerhalb von zwei Jahren keinen neuen Arbeitsplatz finden, der ihrem ursprünglichen Arbeitsplatz im wesentlichen entspricht, können sie wieder zu Fiat zurückkehren. Es handelt sich um ein Abkommen, das einmalig ist in Europa und das der Confindustria (dem italienischen Unternehmerverband) gar nicht gefällt, weil es ganz explizite Vereinbarungen enthält. Ich bin außerdem sicher, daß dieses Abkommen für die italienische Gewerkschaft ein wichtiger Bezugspunkt für ein Eingreifen in Krisenbereichen der Industrie ist, und ich wäre nicht gegen eine Verallgemeinerung entweder zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverband oder auf der Ebene einer gesetzlichen Regelung.

*Frage:* Es ist Kritik geäußert worden, z. B. von Ferdinando Chiaromonte\*, dem Verantwortlichen der PCI (der kommunistischen Partei Italiens) für den industriellen Bereich, daß der Kampf der Gewerkschaften ausschließlich mit defensiven Forderungen geführt worden ist. Offensive Forderungen, wie sie bei der Fiat-Konferenz der PCI im Februar 1980 entwickelt worden sind, haben im Rahmen der konkreten Auseinandersetzungen nur eine geringe Rolle gespielt. Die Vorschläge der PCI bezogen sich sowohl auf eine Erhöhung der Produktivität innerhalb der bestehenden Produktionsstrukturen als auch auf eine grundsätzliche Veränderung der produktiven Basis, d. h. auf die Suche nach neuen Produkten und nach neuen Märkten. Wie beurteilen Sie diese Kritik?

*Carniti:* Ich habe überhaupt keine Schwierigkeit festzustellen, daß es sich hierbei um einen defensiven Kampf gehandelt hat. Dies habe ich selber öffentlich gesagt, bevor Chiaromonte Position bezogen hat. Es war sicherlich ein defensiver Kampf, aber der Ausgang dieses Kampfes beinhaltet eine volle Garantie für die Beschäftigten. Zum anderen sei darauf hingewiesen, daß angesichts der Entscheidung von Fiat, Massenentlassungen einzuleiten, eine andere Reaktion der Gewerkschaften und der Beschäftigten nicht möglich gewesen wäre. Und dies auch, wenn die

---

\* Vgl. das Interview mit Ferdinando Chiaromonte (und Bruno Trentin) in den Heften 9 und 12/1979.

Entlassungen mit der Einführung neuer Technologien und der Notwendigkeit der Produktivitätssteigerung ausdrücklich begründet wurden. Auf diese Probleme jedoch gehen einige Punkte des Abkommens ein, die sich auf die Arbeitsorganisation und die Arbeitszeit beziehen und die mit Fiat in den nächsten Tagen diskutiert werden müssen. Aber um zur Kritik von Chiaromonte zurückzukehren, möchte ich daran erinnern, daß auf der Fiatkonferenz der PCI vage und widersprüchliche Aussagen gemacht worden sind, und daß die führenden Politiker der PCI während der langen Auseinandersetzung sich nicht besonders kritisch gegenüber der Vorgehensweise unserer Gewerkschaft geäußert haben. Diese Kritik im nachhinein ist deshalb überraschend, nicht nur für die CISL.

*Frage:* Würden Sie der These zustimmen, daß dieser Streik zu einer Dreispaltung der Belegschaft geführt hat, nämlich in militante Arbeiter und Teile der gewerkschaftlichen Kader; in gemäßigte Arbeiter und gewerkschaftliche Kader; in Angestellte, Vorarbeiter und Arbeiter, die der Gewerkschaft ablehnend gegenüberstehen?

*Carniti:* Am Ende des Arbeitskampfes und bei der Bewertung des Abkommens sind Spaltungstendenzen innerhalb der Beschäftigten aufgetreten, die jedoch nicht als tiefe und schwerwiegende Brüche betrachtet werden dürfen. Mit der Demonstration der 30 000 in Turin wurde offenbar, daß es einen Bereich von Beschäftigten gibt, insbesondere Angestellte, Techniker, Vorarbeiter und Meister, die den gewerkschaftlichen Forderungen kritisch gegenüberstehen. Mir scheint jedoch, daß dies als Ankündigung für den Aufbau einer neuen Gewerkschaft nicht ausreicht. Des weiteren gab es Gegenstimmen von einem sehr militanten Teil von Gewerkschaftsmitgliedern, die enttäuscht waren, weil keine Instrumente zur Kontrolle der Rekonstruktion der produktiven Basis durchgesetzt wurden, die von ihnen gefordert worden waren. Sowohl dem einen als dem anderen gegenüber werden die Federation der drei Gewerkschaften CGIL- CISL- UIL und die FLM\*\* Initiativen ergreifen, die es den Fabrikräten erlauben werden, die Fähigkeit einer effektiven politischen und vertraglichen Repräsentanz zurückzugewinnen. Und ich bin nicht pessimistisch in Hinsicht auf die Resultate, die dieser breite Diskussionsprozeß am Ende bringen wird.

*Frage:* Halten Sie auf dem Hintergrund des Streikverlaufs eine Veränderung der betrieblichen Organisation der Gewerkschaften und der Fabrikräte für notwendig? Z. B. durch die Einführung von Urabstimmungen oder geheimen Wahlen?

*Carniti:* Die fundamentalen Instrumente der gewerkschaftlichen Demokratie in den Betrieben sind - und müssen auch bleiben - die Vollversammlung und die Fabrikräte. Beide bedürfen einer Überprüfung der zugrunde liegenden Regelungen und es sind unter den Beschäftigten bereits verschiedene Vorschläge in der Diskus-

---

\*\* Federazione Lavoratori Metalmeccanici (Zusammenschluß der Metallgewerkschaften der drei italienischen Gewerkschaftsrichtungen)

sion. Unter diesen Vorschlägen gibt es auch den, auf der Basis des klassischen Prinzips „ein Mann, eine Stimme“, unter gewissen Umständen auf die geheime Wahl zurückzugreifen. Es beginnt somit eine Phase der Anpassung der gegenwärtigen Instrumente der gewerkschaftlichen Demokratie, sicherlich gilt aber auch, daß eine Abschaffung dieser Instrumente nicht zur Diskussion steht. Dies ist der Grundgedanke, der der Wiederbelebung der demokratischen Diskussion unter den Beschäftigten dienen und der ihnen einen neuen Willen zur Teilnahme anbieten soll. In diesem Sinn könnte auch das Referendum als ein zusätzliches, aber nur außerordentliches Instrument in unser System der innerbetrieblichen Demokratie aufgenommen werden. In unserem Land ist man dabei, einen inflationistischen Gebrauch des Referendums zu machen, in den gefährliche Elemente der weiteren Destabilisierung der italienischen Gesellschaft einfließen. Andererseits fordern gerade verantwortliche politische Kräfte die offene Abstimmung im Parlament, um jeden einzelnen zu einem verantwortlichen und unabhängigen Urteil zu veranlassen. Angesichts dieser Situation lassen solche Vorschläge einen etwas bitteren Nachgeschmack zurück.

*Frage:* Im zweiten Teil des Interviews möchten wir versuchen, den Fiatkonflikt in die allgemeine Gewerkschaftspolitik einzuordnen. Vor zwei Jahren haben die Gewerkschaften bei der sogenannten EUR-Konferenz (EUR: Kongreßzentrum in Rom, *die Redaktion*) Vorschläge für eine Erneuerung der italienischen Wirtschaft unterbreitet. Die zentralen Vorschläge der Gewerkschaft gingen in zwei Richtungen. Gegenüber den Unternehmen und dem Staat wurde ein mittelfristiges Wirtschaftsprogramm zur Erreichung der Vollbeschäftigung gefordert. Gleichzeitig verpflichteten sich die Gewerkschaften zu einer zurückhaltenden Lohnpolitik und stimmten einem gelenkten Arbeitsmarkt zu, d. h. einer externen Mobilität von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz. Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach heute das EUR-Programm auch unter Berücksichtigung des Fiatkonflikts?

*Carniti:* Ich würde sagen, die Bedeutung ist sogar noch größer geworden. Ausgangspunkt jener Konferenz und der sich daran anschließenden Diskussion war eine Analyse der internationalen ökonomischen Krise und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft unseres Landes. Daraus leiteten sich zwangsläufig Schlußfolgerungen ab für die Lohnpolitik und die gewerkschaftliche Gesamtstrategie. Die wirtschaftliche Erneuerung Italiens und, genauer, die Erneuerung der produktiven Strukturen neben der Reform der sozialen Strukturen, war und bleibt die zentrale Zielsetzung der gewerkschaftlichen Aktion. Im Rahmen dieser Strategie war vor der Ölkrise 1973 genügend Raum für teilweise spürbare Lohnerhöhungen für die abhängig Beschäftigten. Das war dank der Wachstumsrate der italienischen Wirtschaft möglich, die damals zu den höchsten Europas gehörte. Seit der Ölkrise hat sich dieser Spielraum extrem reduziert. Nicht nur das; gleichzeitig wirkte sich der Druck durch neue Arbeitergenerationen auf den Arbeitsmarkt aus: Jugendliche, Frauen, zurückkehrende Emigranten. 1978 war dies alles offensichtlich und die Gewerkschaften

mußten eine erste Antwort geben. Angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit, angesichts der Risiken einer immer stärkeren Spaltung zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, was letztlich eine politische und soziale Auseinandersetzung zwischen dem Süden und Norden Italiens bedeutet, angesichts einer fortschreitenden Marginalisierung Italiens im Rahmen der Rekonstruktion und der Veränderung der internationalen Arbeitsteilung seit der Ölkrise; angesichts all dieser Tatsachen eröffnete die Gewerkschaft im Jahre 1978 eine Diskussion unter den Arbeitern, die nicht die Basis einer neuen Strategie legen, sondern die Grundlinien der gewerkschaftlichen Aktion an die veränderten Bedingungen anpassen sollte. Im Kern handelt es sich darum, einen Spielraum für die gewerkschaftlichen Verhandlungen innerhalb der politischen und ökonomischen Entscheidungszentren zu erlangen, um Einfluß zu nehmen und die Zielsetzungen für ein wirtschaftliches Programm und die Entwicklung der Beschäftigung festzulegen. Darauf zielten auch die gewerkschaftlichen Forderungen sowohl in den einzelnen Industriezweigen als auch auf Betriebs-ebene. Auf dieser Basis wurden präzise politische Verpflichtungen von der Regierung gefordert und die Bereitstellung von privaten und öffentlichen Investitionen für eine sektorale Strukturpolitik, die zu einem Wiederaufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen sollten. Die Gewerkschaft ihrerseits hat die Bereitschaft zur Verantwortung und zur Übernahme der notwendigen Opfer erklärt. Diese Bereitschaft hat sie in der Tat seit „EUR“ unter Beweis gestellt, nicht ohne scharfe Kontroversen auf den verschiedensten Ebenen in unserer Organisation.

Aber wie man weiß, ruft das „Neue“ häufig konservative Reaktionen hervor, nicht nur von rechts! Auch im Fall Fiat und seiner Entwicklung in den letzten Monaten hätten die Auswirkungen der Krise der Automobilindustrie wesentlich abgemildert werden können, wenn die Konzernleitung die Vorschläge von „EUR“ in ihrem realen Gehalt und in ihren wahren Dimensionen erkannt hätte. Aber gerade die Konzernleitung von Fiat war der schärfste Gegner der Strategie von „EUR“, denn sie hatte sich ganz darauf konzentriert, die Lohnleitklausel der Tarifverträge (scala mobile) anzugreifen. Heute hingegen wird dieses grundlegende Instrument für die Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiter, und das heißt zur Aufrechterhaltung der inländischen Nachfrage, die gefährlich zurückzugehen droht, von manchem Arbeitgebervertreter hoch gelobt. Freilich nur im privaten Gespräch.

*Frage:* In engem Zusammenhang mit der EUR-Strategie hat die Gewerkschaft dem Fonds der nationalen Solidarität zugestimmt. In diesen Fonds sollen monatlich 0,5 % der Bruttolohnsumme aller abhängig Beschäftigten einfließen. Hiermit erfolgt eine Umverteilung innerhalb des Anteils der Beschäftigten am Volkseinkommen. Wie beurteilen Sie die Kritik, die an diesem Fonds und seiner zu geringen Höhe geübt wird?

*Carniti:* Es ist auch keine kleine Summe! Abgesehen davon handelt es sich um zwei verschiedene Probleme: die Umverteilung und die Kontrolle der Investitionen.

Was die Umverteilung betrifft: Gerade weil wir das gegenwärtige Niveau der Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der abhängigen Arbeit erhalten wollen und nicht, wie es in den meisten anderen Ländern der Welt geschehen ist, Rückschritte machen wollen, müssen wir Lösungsmöglichkeiten finden, die es innerhalb dieser Verteilung erlauben, einen Teil des Einkommens der Arbeiter für Investitionen zu verwenden. Und die 0,5% sind unter anderem nur die Anfangssumme. Wenn dieses Experiment gutgeht, kann sie auch erhöht werden. Auf Jahresbasis bezogen stellen diese 0,5% ungefähr 10% der gesamten Kreditsumme für produktive Investitionen in diesem Land dar. Das ist nicht wenig, es sind 900 Milliarden Lire jährlich, d. h. im Laufe von 5 Jahren 4500 Milliarden Lire (ungefähr 10 Milliarden DM). Aber abgesehen von dem quantitativen Effekt, bleibt als Faktum bestehen, daß wir durch diese Lösung einen Weg zeigen, den Anteil des Einkommens aus abhängiger Beschäftigung nicht zu verschlechtern und gleichzeitig die Machtverteilung in diesem Land neu zu gestalten.

*Frage:* Wie stellen Sie sich die konkrete Verwaltung der Fondsmittel vor?

*Carniti:* Darüber ist die Diskussion innerhalb der Gewerkschaft noch ganz offen und es gibt alternative Auffassungen. Die Schwierigkeiten sind nicht technischer Natur, denn Modelle bestehen in der ganzen Welt. Man kann sich z. B. mit teilweisen Korrekturen eine Anwendung des deutschen dualistischen Modells vorstellen, nämlich die Trennung von eigentlicher Verwaltung auf der einen und Kontrolle und Orientierung der Entscheidungen auf der anderen Seite. Allerdings glaube ich, daß wenn wir uns auf dieses dualistische System einlassen, wir viel stärkere und einschneidendere Befugnisse und Rechte haben müßten, als dies bei den Aufsichtsräten der deutschen Mitbestimmung der Fall ist. Damit will ich sagen, daß die Verwaltung im Grunde eine rein technische Angelegenheit ist, die wir auch an ein Bankinstitut vergeben könnten. Daneben brauchen wir eine Struktur, einen Organismus der Kontrolle, der Orientierung und der politischen Leitung, in dem die Gewerkschaft eine Mehrheitsposition einnimmt. Man kann die Verwaltung von der Kontrolle trennen, aber den Kontrollinstanzen muß das Recht zugestanden werden, die wichtigen Entscheidungen zu beeinflussen und zu lenken.

*Frage:* Beinhaltet das EUR-Programm nicht notwendigerweise eine Veränderung der Entscheidungsstrukturen innerhalb der Gewerkschaft, also eine zunehmende Bedeutung der nationalen Gewerkschaftsführung, die z. B. an der Formulierung der nationalen Investitionsprogramme beteiligt ist, und eine abnehmende Bedeutung des bisherigen Prinzips der „Zentralität des Betriebs“?

*Carniti:* Die Plattform von „EUR“ bedeutet in erster Linie eine „kulturelle“ Veränderung, eine neue Sichtweise der Probleme und eine neue Perspektive der Zielsetzungen sowohl für die Gewerkschaftsführung wie auch für die Basis. Die organisatorische Struktur ist nur das Gerüst, das Vehikel für die Konkretisierung dieser Erneuerung in der täglichen Politik. Die Krise zwingt allen, auch den

Gewerkschaften, eine Anpassung traditioneller Orientierungen auf. Der Sprung, den die Gewerkschaften machen müssen, ist der, die Tradition der gewerkschaftlichen Forderungen, die fundamentaler Teil der italienischen Gewerkschaftsbewegung war und bleibt, mit der Perspektive der verantwortlichen Leitung zu integrieren. All dies erfordert eine strengere Auswahl der Zielsetzungen, aber auch das klare Bewußtsein, daß die Macht von der Verantwortung nicht zu trennen ist. In der Krise verengen sich die Spielräume der Vermittlung und der soziale Konflikt wird unmittelbar politisch, wird ein Konflikt um die Macht. In Italien spricht man seit einiger Zeit von der „Regierbarkeit“. Aber die Regierbarkeit hängt nicht so sehr von einem besser dosierten politisch-parlamentarischen Gleichgewicht ab, sondern eben genau von einer neuen Verteilung der Macht, und das heißt in Italien eine direktere Beteiligung der Arbeiter an der Wirtschaftslenkung. Genau daran richtet sich die Gewerkschaft aus, auch im organisatorischen Sinne. Aber das bedeutet keineswegs eine Konzentration der gewerkschaftlichen Entscheidungen an der Spitze. Ganz im Gegenteil. Es bedeutet, die gewerkschaftlichen Strukturen so zu formieren, daß der organisatorische Druck auf die verschiedenen Entscheidungszentren zunimmt: der Betrieb, die Region, die nationale Regierung. Und innerhalb dieses Rahmens behalten ganz offensichtlich zwei Punkte das größte Gewicht: auf der einen Seite der Betrieb, wo der Reichtum produziert wird, und auf der anderen Seite die Regierung, die die Verteilung der vorhandenen Ressourcen bestimmt. Der Betrieb bleibt also immer eines der wichtigsten Zentren der gewerkschaftlichen Aktivität.

*Frage:* Basierend auf den Vorschlägen des EUR-Programms ist die Gewerkschaft verpflichtet, eine neue Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung zu übernehmen. Bedeutet dies nicht eine Annäherung an das „deutsche Modell“ (Mitbestimmung, konzertierte Aktion)?

*Carniti:* Ich weiß nicht, ob die Plattform von EUR auf ein „deutsches Modell“ oder auf irgendein anderes Modell hinausläuft. Diese Frage liegt mir nicht sehr am Herzen. Das wirkliche Problem ist ein anderes. Überall in der Welt - sowohl in den Systemen des Privatkapitalismus als auch in denen des Staatskapitalismus - liegt das Zentrum der Macht dort, wo die Kontrolle über den Akkumulationsprozeß liegt. Für mich heißt deshalb Demokratisierung der Wirtschaft eine neue Machtverteilung, heißt soziale Kontrolle des Akkumulationsprozesses. Aber zu welchem Zweck? Wenn wir überhaupt solche Unterscheidungen treffen, liegen vielleicht hier die Differenzen zwischen unserem, übrigens noch hypothetischen Modell der Wirtschaftsdemokratie und dem deutschen, das aber auch nicht nur statisch und unveränderbar, sondern auch in seiner möglichen Evolution gesehen werden müßte. Wir haben das Problem des Südens, Armutsgebiete vergleichbar den Ländern der Dritten Welt, eine strukturelle Arbeitslosigkeit verbunden mit Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit der Intellektuellen und der Frauen. Können wir uns den Luxus von „Oasen“ der Wirtschaftsdemokratie innerhalb der Fabrikmauern überhaupt lei-

sten? In Deutschland mag dies möglich sein, auch wenn ich im Hinblick auf die Zukunft der deutschen Wirtschaft einige Bedenken habe. Im übrigen scheinen die deutschen Unternehmer keineswegs darauf verzichtet zu haben, ihren Manövrierspielraum zu erweitern. Mit diesen Unterscheidungen, wenn man sie so gelten lassen will, geht die Plattform von EUR sicherlich in Richtung auf eine immer deutlichere Miteinbeziehung - und ich füge hinzu: auch unausweichlich - in die Festlegung der Grundlinien der Wirtschaftspolitik, sowohl auf allgemeiner als auch auf betrieblicher Ebene. Wenn dies an den Zielsetzungen orientiert bleibt, von den ich oben gesprochen habe, bin ich nicht darüber beunruhigt, welches Modell nun dabei herauskommt.

*Frage:* Das EUR-Programm wurde zu einer Zeit verabschiedet, in der eine Regierung der „nationalen Solidarität“ bestand. Ist das EUR-Programm nicht wesentlich durch die politischen Bedingungen konditioniert worden, die zur Zeit der Verabschiedung des Programms bestanden?

*Carniti:* Jedes Programm und jede Strategie der Gewerkschaft ist von der aktuellen politischen Situation bestimmt. Sicherlich ist auch EUR in einem bestimmten politischen Rahmen zu sehen. Das heißt, daß die gleichen Zielsetzungen heute auf größere Schwierigkeiten treffen, nicht daß sie in der Erwartung besserer Zeiten falsch oder aber beiseite zu legen wären. Die Gewerkschaft hat eine bestimmte Aufgabe zu übernehmen, Interessen zu verteidigen, Zielsetzungen zu verfolgen, die sich auf die Gesellschaft beziehen, nicht auf die gegenwärtige politische Konstellation. Und dies ist die Basis für die Bindung zwischen den Richtungsgewerkschaften CGIL - CISL - UIL, die ausgeht von einer Autonomie in Analyse und Entscheidung. Offensichtlich können die Unterscheidungen nicht immer so klar und so genau bestimmt sein, ohne das irgendein Spielraum für Zweifel bleibt. Aber all dies ist normal und sogar, innerhalb gewisser Grenzen, wünschenswert in einem Land wie dem unseren, das auf einem großen politischen und sozialen Pluralismus basiert, der bisher die beste Verteidigung der Demokratie in Italien war. Aber man darf nicht vergessen, daß daraus Schwierigkeiten für eine kohärente Haltung entstehen können, jenseits der Treue zu einer Ideologie und zu einer Gruppe, die man repräsentiert. Und es ist gerade dies der Grund, warum heute, unter veränderten politischen und sozialen Bedingungen, die grundlegenden Zielsetzungen von EUR ihre Aktualität behalten, auch wenn sie der Präzisierung bedürfen und auf den neuesten Stand gebracht werden müssen. Die Frage ist heute nicht so sehr, ob EUR eine Wende darstellt, sondern vielmehr, welche Instrumente die italienische Gewerkschaft schaffen muß, um die Zielsetzungen besser zu verwirklichen, die 1978 angestrebt worden sind.